

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Vordringlichste Aufgabe ist die Neuordnung der Aussenpolitik

Vorstellungen der gewählten Regierungsmitglieder über ihre Politik – Mit neuen Kräften an die Aufgaben, die Monate liegengelassen sind

(G. M.) – Die neue Regierung verfügt über kein gemeinsames Regierungsprogramm, weil die Koalitionsverhandlungen entgegen den FDP-Vorschlägen in dieser Frage zu keiner Einigung führten. Inzwischen haben aber alle fünf neuen Regierungsmitglieder ihre Vorstellungen für die von ihnen betreuten Ressorts bekanntgegeben, so dass sich gewisse Konturen der künftigen Regierungsarbeit erkennen lassen. Die neue Regierung steht unter dem Druck, einerseits jene Aufgaben zu erledigen, die in den letzten Monaten aufgrund des Wahlkampfes und der VU-Wahlniederlage erfolglos verzögert wurden, andererseits besteht der Sachzwang der Neuordnung neuer Aufgaben sowie der Motivationsdruck zur Erbringung eines Leistungsausweises.

«Vordringlichste Aufgabe der neugewählten Regierung», hiess es gestern in einer vom Presse- und Informationsamt der Regierung veröffentlichten Mitteilung, «wird die Neuordnung der aussenpolitischen Beziehungen im Zuge der europäischen Integration sein.» Der EWR-Beitritt Liechtensteins werde nach der Zustimmung des Volkes während der Volksabstimmung jedoch erst dann erfolgen, wenn der Zollvertrag mit der Schweiz den veränderten Verhältnissen angepasst sei und die offene Grenze zum Nachbarstaat, insbesondere

zu den Kantonen St. Gallen und Graubünden, aufrechterhalten werden könne.

Sitzung über Zollvertragsänderung

Regierungschef Markus Büchel, der im Anschluss an seine Vereidigung sagte, mit der Wahl habe er den Auftrag erhalten, seine im Wahlkampf geäusserten Worte in die Tat umzusetzen, hat bereits am ersten Arbeitstag der neuen Regierung eine Sitzung über die Zollvertragsänderungen zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der Schweiz anberaumt, die nach exploratorischen Gesprächen auf Experten- und Beamtenebene bald auf der politischen Ebene beginnen werden. Nach seiner Auffassung besteht die wichtigste Aufgabe in der «Sicherung unseres Zollvertrages mit der Schweiz bei gleichzeitiger Verwirklichung des EWR-Beitritts.» Zu dieser Frage äusserte sich auch Regierungsrat Dr. Michael Ritter, der vor seinem Eintritt in die Regierung als Völkerrechtsexperte der Regierung tätig war: «Gelingt dies – und ich bin zuversichtlich, dass eine Lösung dieses komplexen Problems möglich ist – sind wir in einer fast optimalen Situation.»

Gemeindegesezt und Verursacherprinzip

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Mario Frick, der die Ressorts Inneres, Justiz

sowie Umwelt, Land- und Forstwirtschaft übernommen hat, wird sich am Beginn seiner Regierungstätigkeit schwerpunktmässig mit einer Reihe von Gesetzen beschäftigen, die bereits im Entwurf vorliegen. Er nannte in einer programmatischen Ansprache vor dem VU-Parteitag in diesem Zusammenhang das Gemeindegesetz und das Gesetz über die Bürgergenossenschaften sowie den Mieterschutz, das Gesetz über das internationale Privatrecht sowie die Vorlagen über die Verhinderung der Geldwäscherei und die Insidergeschäfte im Bankwesen. Im Bereich des Umweltwesens steht nach seinen Ausführungen der Vollzug der neuen Umweltgesetze im Vordergrund sowie die Durchsetzung des Verursacherprinzips.

Regierungsrat Dr. Michael Ritter möchte sich im Ressort Wirtschaft dem Problem der Arbeitslosigkeit annehmen und zu einer «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie» beitragen. Viel Arbeit liegt vor ihm auch im zweiten Ressort Sozial- und Gesundheitswesen, weil es hier die Kostenexplosion anzugehen und die Revision der Altersvorsorge (gemäss der 10. AHV-Revision in der Schweiz) vorzunehmen gilt.

Planungsreferendum für Bauten

Dr. Cornelia Gassner, die erste Frau in der liechtensteinischen Regierung, als

Inhaberin des Ressorts Bauwesen machte einen interessanten Vorschlag für die Zukunft. Weil in jüngster Vergangenheit verschiedene Bauprojekte der öffentlichen Hand nach langer Planungsphase mit entsprechenden Kosten an der Volksabstimmung scheiterten, soll nach ihrer Ansicht bereits früher eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden: «Öffentliche Bauten dürfen nicht erst zur Abstimmung gelangen, wenn bereits Millionen verplant sind und wertvolle Zeit verstrichen ist. Deshalb wird eine Art Planungsreferendum unbedingt notwendig. Der Bürger muss bereits in einer frühen Planungsphase über ein Budget und über gestalterische Belange befinden können.»

Kurt Körner, der für das Bildungswesen zuständig ist, will an die Verwirklichung der Revision des Schulgesetzes herangehen. Als Fachmann im Bereich des Bildungswesens mit Erfahrung als Lehrer sowie als Sachbearbeiter im Schulamt verfügt er über den notwendigen Hintergrund, um sogleich die Realisierung an die Hand zu nehmen, wobei ihm die schulische Integration von Behinderten besonders am Herzen liegt. Er spricht sich auch für eine offenere Gestaltung der relativ strengen vertikalen Gliederung der Oberstufe aus und möchte den Dialog zwischen Schule und Berufsausbildung verstärken.

KOMMENTAR

Die VU macht offenbar ernst mit dem sonst geflügelten Wort, dass ein Wahlkampf jeweils schon am anderen Tag nach einer Wahl beginnt. Anders kann die Reaktion der VU-Fraktion im Landtag bei der Bestellung des VBI-Präsidenten kaum gedeutet werden. In sachlicher Hinsicht konnte die VU-Fraktion dem FDP-Vorschlag nichts entgegensetzen, denn der bisherige Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille gilt als integre Persönlichkeit, dessen Fachwissen als Jurist, als langjähriger Ressortinhaber und als Mitglied der Regierung ausser Zweifel steht. Also mussten andere Begründungen gesucht werden, die – so wie sie von VU-Fraktionssprecher Dr. Peter Wolff vorgetragen wurden – freilich nicht über alle Zweifel erhaben sind. Wolff sprach von «Macht braucht Kontrolle», weshalb eine FDP-Regierungsmehrheit sich mit ei-

Macht braucht Kontrolle

ner FDP-Präsidenten bei der Verwaltungsbeschwerdeinstanz schlechtes vertragen. Im Unterschied zu früher, als die VU grossen Wert darauf legte, dass Regierungsmehrheit mit VBI-Mehrheit bzw. Regierungschef mit VBI-Präsident in parteipolitischer Hinsicht miteinander übereinstimme.

Im Zusammenhang mit dem Begriff «Macht braucht Kontrolle» sprach der VU-Fraktionssprecher auch von dem «in den letzten Monaten viel strapazierten Slogan» – diese Aussage lässt die Interpretation zu, dass in VU-Kreisen derart grundlegende Voraussetzungen in einer Demokratie nicht weitere Bedeutung als der Begriff «Slogan» zukommt.

Eine weitere Erstaunlichkeit ist in diesem Zusammenhang auszumachen: Ausgerechnet der bisherige Regierungschef Wolff, der um die Integrität von Wille weiss und sicherlich auch dessen hohe Auffassung von Gewaltentrennung teilt, gibt dem Plenum bekannt, dass sich die VU-Fraktion bei der Wahl des VBI-Präsidenten enthalten werde. Erstaunlich vor allem deshalb, weil Regierungsrat Wolff als nebenamtlicher Regierungsrat in seiner beruflichen Tätigkeit als Anwalt zwei Firmen vertrat, die von der Regierung wegen Verstosses gegen das Bankengesetz liquidiert wurden – und als Anwalt die Entscheidung der Regierung anfocht. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hatte damals in einem Interview die Auffassung vertreten, dass er diese Verflechtung nicht teile: «Und wenn ein nebenamtliches Regierungsmitglied als Anwalt einer betroffenen Partei einen Entscheid der Regierung noch bekämpft, so wirkt sich das nicht nur negativ auf die Kollegialität, sondern auch auf die Glaubwürdigkeit der Regierung aus.»

Wolff trat später von seinem Mandat zurück, nachdem sich in der ausländischen Presse negative Kommentierungen zu diesem Fall gefunden hatten. Zweifellos ein unrühmliches Beispiel, welches das «Bild Liechtensteins im Ausland» nicht verschönerte. Ist der Verzicht auf die Wahl des VBI-Präsidenten Wille durch die VU-Fraktion ein nachträglicher Tritt wegen einer konsequenten, aber unzuweidungigen Haltung?

(Günther Meier)

Liechtensteiner gestern im «Medaillenrausch»: Elfmal Edelmetall!

Manuela Marxer (100 m Hürden), Biggi Blum (Judo bis 61 kg) und Christine Lingg (Judo bis 56 kg) gewannen in Malta Kleinstaatengold

Richtiggehend im «Medaillenrausch» befanden sich unsere SportlerInnen gestern Donnerstag bei den 5. Kleinstaatenspielen in Malta. Nicht weniger als elfmal konnten Liechtensteins Athleten Edelmetall in Empfang nehmen! Gold errang erneut Manuela Marxer, diesmal im 100-Meter-Hürdenlauf. Aufs oberste Treppchen durften zudem die Judo-Kämpferinnen Biggi Blum (bis 61 kg) und Christine Lingg (bis 56 kg) steigen. Nach drei Wettkampftagen stehen somit bereits 13 Medaillen auf dem Konto der Liechtensteiner.

Zu den drei goldenen kamen gestern zwei silberne durch Manuela Marxer (Weitsprung) und Walther Kaiser (Judo). Für Manuela Marxer war es innert drei Tagen der vierte Medaillengewinn! Bronzene Auszeichnungen erkämpften sich gestern: Yvonne Hasler (200 m), Franz Hoop (Judo), Frederik Retuga (Judo), Carina Büchel (Judo) sowie die Tennis-Doppel Hoop/Risch (Herren) und Bühler/Batliner (Damen).



Die «Leichtathletik-Königin» der Kleinstaatenspiele in Malta: Manuela Marxer aus Schaanwald gewann gestern mit Gold im Hürdenlauf und Silber im Weitsprung bereits die vierte Medaille innert drei Tagen. (Bild: B. Schurte)

233 Arbeitslose in Liechtenstein

Regierung hat Massnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit

(G. M.) – In unserem Land gibt es derzeit 233 Ganzarbeitslose. Hinzu kommen 93 Kurzarbeiter. Die Konjunktursituation hat sich demzufolge noch nicht gebessert, sondern trägt weiterhin zum Abbau von Arbeitsplätzen bei. Die Regierung befasste sich mit der Frage der zunehmenden Arbeitslosigkeit und liess einen Massnahmenkatalog zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit ausarbeiten.

Beim Amt für Volkswirtschaft waren am 30. April neben den 233 Ganzarbeitslosen noch 39 übrige Stellensuchen-

de registriert, so dass gesamt 272 Personen in unserem Land zu jenem Zeitpunkt eine Stelle suchten. Davon waren 168 Männer und 104 Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Kurzarbeitenden zeigt eine steigende Tendenz an.

Den 272 Stellensuchenden standen am Stichtag lediglich 72 gemeldete offene Stellen gegenüber, so dass sich im Vergleich zu früheren Jahren die Zahl der gesuchten Arbeitnehmer deutlich verringerte gegenüber den stellensuchenden Arbeitskräften.

Die Regierung setzte aufgrund der zunehmenden Zahl von Arbeitslosen eine Arbeitsgruppe ein, die Massnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit erarbeitete. Ausgangspunkt für die Regierung war die Tatsache, dass im letzten Jahr in unserem Land insgesamt 326 Stellen abgebaut wurden und die Zahl der Arbeitslosen stetig anstieg. Dabei sind in den offiziellen Angaben über die Arbeitslosenzahl jene Arbeitnehmer nicht enthalten, die als Grenzgänger tätig waren.

Kunstschule im September

Pressekonzferenz über das Projekt Kunstschule in unserem Land

(G. M.) – Im Herbst soll die liechtensteinische Kunstschule ihren Schulbetrieb in der Primarschule Eschen aufnehmen. Ein Leitbild für das Projekt liegt vor, wie Schulamtsleiter Guido Wolfinger gestern Abend an einer Pressekonzferenz erklärte. Projektleiter Dr. Jürg Dinkelmann gab sich zuversichtlich in bezug auf die Realisierung, denn das Bedürfnis nach einer derartigen Bildungseinrichtung ist nach seiner Auffassung vorhanden.

Das Projekt Kunstschule ist vorerst auf zwei Jahre befristet. Es wird durch eine von der Regierung eingesetzte Kommission begleitet und vom Schulamt sowie der Regierung beaufsichtigt. Die liechtensteinische Kunstgesellschaft ist am Projekt ebenfalls beteiligt, wie Adolf Real als Vertreter der Kunstgesellschaft ausführte. Nach erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Versuchphase soll die Überführung der Kunstschule in eine selbständige Trägerschaft angestrebt werden.

Die künstlerische Leitung der Kunstschule wird Bruno Kaufmann überneh-

men, die administrative Leitung ist Karl Gassner übertragen. Bei Bedarf kann das Schulamt weitere Lehrkräfte für den Schulbetrieb einsetzen.

Als Zielgruppen für den Unterricht an der Kunstschule sind Kinder wie auch Jugendliche und Erwachsene aussersehen. Während der Projektphase soll abgeklärt werden, ob die Kunstschule einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Ausserdem möchten die Projektleiter in Erfahrung bringen, ob die Kunstschule als Bildungseinrichtung dazu beitragen kann, Begabungen im bildnerischen Bereich zu fördern und die kreativen Anlagen in der Wahrnehmung, in der Gestaltung und im Ausdruck zu entwickeln.

Vorerst ist beim Start der Kunstschule an die Bildung von drei Gruppen von mindestens acht Teilnehmern gedacht, die ein Schulgeld zu entrichten haben, das ungefähr einem Viertel der Landesausgaben für die Kunstschule entspricht. Eine weitere finanzielle Unterstützung ist auch durch die Kunstgesellschaft zugesichert worden.

Beste Verbindungen...

Risch AG
Elektro TELECOM

9495 Trüben
Industriest. 4

075 / 392 38 38

GETUPFT!
Oder möchten Sie doch lieber etwas gestreiftes?

Modehaus
Hannelore

Wir beraten Sie gerne!

Kaufm., 9494 Schaan